

Wo der Rotstift richtig wehtut

Erster Haushaltsentwurf weist ein Defizit von 3,1 Millionen Euro auf

Wartenberg. (bs) Kräftig den Rotstift ansetzen musste der Haupt- und Finanzausschuss bei der Vorberatung des Haushalts 2021. Bürgermeister Christian Pröbst erklärte gleich zu Beginn, dass ein erster Entwurf ein Defizit von 3,1 Millionen Euro aufweist.

Die Gründe dafür erläuterte Pröbst wie folgt: Es gibt keine Schlüsselzuweisung vom Land – 2020 waren es noch 880000 Euro. Als Kreisumlage müssen 4,15 Millionen Euro abgeführt werden – und das bei prognostizierten Einnahmen von 13261000 Euro. Im Verwaltungshaushalt allein stehen Ausgaben von 14427810 Euro. „Wegen der großen Gewerbesteuernachzahlung im Jahr 2019 ist für dieses Jahr die Kreisumlage so hoch, dies ist dem leidigen System geschuldet“, ärgerte sich der Bürgermeister.

Er ging dann mit den Gemeinderäten Position um Position des über 200 Seiten starken Haushaltsentwurfs durch, um Einsparungsmöglichkeiten zu ermitteln. Bereits im letzten Jahr hatte man Budgets um 15 Prozent gekürzt, nun musste erneut eingedampft werden. Der Feuerwehr etwa stehen statt 100000 Euro (2019) nunmehr 80000 Euro zur Verfügung. Damit kann bei zwei Feuerwehrautos der defekte Öl-

scheider nicht ersetzt werden, denn die Reparatur würde 100000 Euro kosten.

Das Budget der Mediothek wird von 40000 auf 30000 Euro herabgesetzt. Außerdem werden sämtliche Jubiläumsveranstaltungen 2021 abgesagt. Das betrifft auch Ausgaben für ein Volksfest und den dazugehörigen Alternachmittag. Das Budget des Hauses für Kinder wird von 72000 auf 60000 Euro reduziert, das Budget für den Hort von 22000 auf 14500 Euro. Die Sportlerlehre

wird ersatzlos gestrichen. Für die Pflege der öffentlichen Grünflächen wird der Ansatz von 50000 auf 25000 Euro gesetzt. Die Sanierungsplanung wird gestoppt und der Ansatz von 150000 auf 20000 Euro für Planungskosten reduziert.

Vieles muss auf 2022 verschoben werden

Für das Nahwärmekonzept ist beabsichtigt, einen Manager einzustellen, der mit 75 Prozent der Kos-

ten bezuschusst würde – dies wird auf das nächste Jahr verschoben. Für die Hochwasserfreilegung werden statt 30000 nur 10000 Euro Planungskosten angesetzt. Gräben werden heuer im Herbst nicht geräumt, ein Wassermeister erst 2022 eingestellt. Für das Ausbaggern des Regenauffangbeckens reduzierte man den Ansatz um 50000 auf nunmehr 40000 Euro. Auch für den Unterhalt der eigenen Gebäude werden 50000 Euro weniger ausgegeben. Für die Planung des neuen Feu-

erwehrautos bleiben 30000 Euro bestehen. Für die neue Heizungsanlage der Schule sind noch 50000 Euro fällig. Baumaßnahmen am Kriegerdenkmal kann man sich nicht leisten, kommt aber um eine Dachsanierung am Kindergarten nicht herum. Derzeit ist das Dach nur provisorisch mit Folie gegen Regen geschützt. Hier muss ein Kredit von 2,2 Millionen Euro aufgenommen werden. Arbeiten für das neue Baugebiet Kleinfeld-West werden auf 2022 geschoben. Ein für den Bauhof benötigter Radlader mit Anschaffungskosten von 100000 Euro ist derzeit nicht finanzierbar und wird für 2022 eingeplant. Hier muss man weiter mit einem Leihgerät arbeiten. Statt dreier Photovoltaikanlagen für Kläranlage, Feuerwehrhaus und Bürgerhaus wird heuer nur das wirtschaftlichste Projekt an der Kläranlage mit 220000 Euro verwirklicht. Die beiden anderen Maßnahmen werden auf 2022 verschoben. Fachbereichsleiterin Finanzen Tanja Göbl stellte fest, dass eine Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt nicht möglich ist. Für den Ausgleich des Vermögenshaushalts wird vermutlich eine Kreditaufnahme in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro erforderlich.

KOMMENTAR

Geld fehlt an allen Ecken und Enden

Kleine Gemeinden ohne große Gewerbesteuerzahler sind durch die kommunalen Abgaben erheblich benachteiligt. Dies wirkt sich in Zeiten von Corona besonders gravierend aus, wie Haushaltsvorberatungen in Wartenberg nun zeigten. Da muss fast ein Drittel der Einnahmen als Kreisumlage abgeführt werden und es gibt null Euro Schlüsselzuweisung. Da wird eine Gemeinde in Geiselschaft genommen, indem

man für Erstattung von Kindergartengebühren 70 Prozent verspricht – aber nur, wenn die Gemeinde selbst noch 30 Prozent trägt. Da werden überdurchschnittlich viele Asylbewerber zugewiesen und die Gemeinde muss für die Kinder Betreuungsmöglichkeiten schaffen. Gleichzeitig müssen Budgets für wichtige Einrichtungen wie Feuerwehr, Mediothek oder Kitas gekürzt werden. Da können nicht einmal mehr Feu-

erwehrautos gereinigt werden, weil man kein Geld hat, um einen defekten Ölabscheider zu ersetzen. Da können keine wichtigen Posten wie der eines Wassermeisters besetzt werden. Bleibt zu hoffen, dass es die Markträte schaffen, dass für die Bürger nicht auch noch an Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen gespart wird. Es ist längst an der Zeit, die kommunalen Finanzen neu zu regeln.

Bernd Spanier